

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000
Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000

Verleger: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000
Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000

Verleger: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000
Redaktion: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000
Druck: Kurt Schölerer, Dresden, Postfach 1000

Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen

Der große Ankurbelungsplan

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Mit der am Dienstag Befehl werdenden großen Verordnung zur Belebung der Wirtschaft macht die Reichsregierung noch einmal eine gewaltige Kraftanstrengung, um das Abflauen in weitere Arbeitslosigkeit und Produktionskrumpfung aufzuhalten und darüber hinaus den Boden für einen Wiederauftrieb der Wirtschaft vorzubereiten. Immer bedrohlicher war in den letzten Wochen und Monaten die Frage geworden, ob es überhaupt auf die Dauer noch möglich sein würde, das wachsende Meer der Arbeitslosen auch nur zu ernähren. Mit jedem Betrieb, der seine Pforten schloß, wuchs der Strom der Arbeitslosigkeit, mit jeder Betriebserschließung wurden zahlreiche Angehörige dem Meer der Arbeitslosen einverleibt, mit jeder Verknappung der Arbeitsstunden wuchs das Elend und mit dem Elend der breiten Massen und des einzelnen das Elend der Dörfer und Städte, der Länder und Gemeinden. Wenn also jetzt die Regierung mit einem großangelegten Milliardenprogramm vor die deutsche Öffentlichkeit tritt, so erscheint es, unachtet mancher Ausstellungen, die man vielleicht zu machen geneigt ist, ansehnlich, daß es der Lage zunächst einmal notwendig, alles zu tun, um die gelunden und wohl auch zünftigen Gedanken dieses Wirtschaftsprogramms der Verwirklichung damit näherzuführen. Das ist gewiß nicht jene Sorte Optimismus, mit dem die deutsche Politik im Jahre früherer Regierungen die deutsche Öffentlichkeit hinreichend verlesen hat und auf den, weil er ohne wahre Fundierung war, immer nur Rückschlüsse, neue Enttäuschungen, neues Mißtrauen und neue Verlehnungen folgten.

Der Zeitpunkt für dieses Wirtschaftsprogramm ist anders gewählt. Die Wirtschaftskrise hat eine Grenze erreicht, die sie nach unten hin nach menschlichem Ermessen kaum noch überschreiten kann. Die Millionen deutscher Menschen, die heute noch im Arbeitsprozeß unter, wenn auch gekürzten, so doch zum mindesten einigermaßen erträglichen Lebensbedingungen leben, brauchen ein gewisses Minimum von Gütern für ihr tägliches Leben, für ihre Verpflegung, für Speise und Trank und Bekleidung. Und so ist nach menschlichem Ermessen der jetzige Wirtschaftskurs in Deutschland so, daß die in ihm noch Einbezogenen einigermaßen als unabschüssig bezeichnet werden können. Diese Auffassung hatte auch die Reichsregierung, die wiederholt der Meinung Ausdruck gab, daß die Wirtschaftskrise jetzt den längsten Weg zu einem neuen Punkt des Aufstiegs zurückgelegt habe. Es wäre deshalb dem deutschen Volke ein schlechter Dienst erwiesen, sich in diesem Augenblick, wo eine neue gewaltige und in diesem Ausmaß noch nicht dagewesene Kraftanstrengung zur Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftsapparates unternommen wird, sich nur auf negative Kritik zu beschränken. Es gilt, an die Gesamtheit des deutschen Volkes zu denken, dessen Schicksal auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht heute angefaßt werden muß, wenn es nicht zu spät sein soll.

So wäre es wünschenswert, wenn zunächst in dieser Stunde Bedenken zurückgestellt und alle zunächst einmal mitfassen würden an dem Werke des Wiederaufbaues, das die Reichsregierung mit dieser Verordnung zu beschreiben gedenkt. Eine große Ueberraschung bildete in dem neuen Wirtschaftsprogramm die Tatsache, daß die Mittel für die Inangabe der Produktion abermals beträchtlich erhöht worden sind. In der Münchener Rede des Reichsfinanzministers hörte man wohl, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm in seinen Grundzügen aufrechterhalten werden soll. Aber man achtete noch nicht, daß es, wie jetzt feststeht, verknäpft werden würde. Heute erfahren wir, daß öffentliche Aufträge im Werte von 750 Millionen Mark vergeben werden sollen. Rechnet man hierzu die aus den Steueranrechnungsscheinen zu mobilisierenden Mittel in Höhe von 2,2 Milliarden Mark, so kommt man rund auf eine gesamte Neuinvestition von 3 Milliarden Mark, und das ist eine Ziffer, die sich gewiß anhören läßt und die unter allen Umständen geeignet sein muß, einen merklichen Auftrieb für die Wirtschaft zu geben.

In der neuen Verordnung wird zunächst auf das System der Steueranrechnungsscheine Bezug genommen, dessen Prinzipien ja inzwischen allgemein bekannt sind. Neu ist zunächst, daß der Hausbesitz als Reichsmittel einen Zusatz für die Durchführung rückständiger Reparaturarbeiten bekommen wird, und zwar in Höhe von bis zu 50 Millionen RM. in Form von Darlehen. Das Darlehen soll 10 Prozent des Verkaufswertes des Hauses nicht überschreiten. Eine weitere Voraussetzung ist für diese Darlehen, daß sich der Hauswirt selbst mit dem doppelten Betrage an seinen Hausreparaturen aus eigenen Mitteln beteiligt. Auch hinsichtlich der Höhe der Steueranrechnungsscheine ist eine Änderung vorgenommen worden. Für Umlage-, Gewerbe- und Grundsteuer, die am 1. Oktober bezahlt werden, werden Steueranrechnungsscheine in Höhe von 40 Prozent des gezahlten Steuerbetrages ausgeben. Bei der Beförderungssteuer bleibt es bei 100 Prozent. Hierdurch werden ganz erhebliche Beiträge für die Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn frei.

Ämtliche Begründung der Verordnung

Berlin, 5. Sept. Ämtlich wird mitgeteilt: Alle feierlichen Bemühungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Die Reichsregierung mußte sich daher zu weitgreifenden und einschneidenden Maßnahmen entschließen. Die Kampf gegen die Arbeitslosigkeit soll neben anderen in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen die Verordnung vom 4. September 1932 dienen. Die bisherigen Erfahrungen haben ergeben, daß eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge für sich allein niemals ein solches Maß an Arbeit schaffen kann, wie es für wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Neben einer Erweiterung des Programms für öffentliche Arbeiten, dessen Bedeutung durch die Maßnahmen der Regierung durchaus anerkannt wird, müssen deshalb

wirksame Maßnahmen zur Belebung der Privatwirtschaft treten. Die Regierung vertritt diese Maßnahmen, weil sie überzeugt ist, daß die Privatwirtschaft noch immer den besten Weg für eine rationelle Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen darstellt, und daß es deshalb darauf ankommt, die in ihr schlummernden Kräfte zu wecken. Alle Maßnahmen der Regierung haben den Zweck, die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes nach Kräften zu beheben und zu lindern. Dieses Ziel würde nicht erreicht werden, wenn die zu erzielenden Schritte im späteren Verlauf zu wirtschaftlichen Rückschlüssen führen könnten. Deshalb muß alles vermieden werden, was

die Stabilität der Währung tendenziell beeinträchtigen könnte. Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Verordnung sind in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank ausgearbeitet worden. Die Lebenshaltung und die Konsumkraft der breiten Schichten der Bevölkerung sind infolge der Deflation tief gesunken. Diese Entfaltung läßt sich wirksam nur bekämpfen durch eine grundlegende Besserung der Lage des Arbeitsmarktes.

Die Verordnung gewährt deshalb der Wirtschaft nur dort Erleichterungen, wo eine unmittelbare Belebung der Produktion und damit des Arbeitsmarktes mit Sicherheit zu erwarten ist.

Hieraus erwächst der Privatwirtschaft die Verpflichtung, alles zu tun, um zunächst den Produktionsapparat für die zu erwartenden Aufgaben instand zu setzen. Sie muß sich dieser Verpflichtung bewußt sein und danach handeln. Bei der jetzigen Wirtschaftslage gilt es, den nach Erreichung des Tiefstandes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten. Hierzu dient zunächst das umfassende Programm für die Vornahme öffentlicher Arbeiten, das mit der neuen Verordnung verbunden ist. Der Deflation ist nicht genügend bekannt, daß die ursprünglich hierfür vorgesehenen Mittel inzwischen sehr erheblich erhöht worden sind. Es kann auf einen

Gesamtaufwand der öffentlichen Stellen für solche Zwecke von nahezu 4 Milliarden Reichsmark in den nächsten Monaten gerechnet werden. Die Einsetzung dieser Mittel wird eine unmittelbar wirksam werdende Nachfrage nach wichtigen Produktionsmitteln hervorgerufen und damit einen weit über den Kreis der beteiligten Wirtschaftszweige hinausreichenden belebenden Einfluß auf die ge-

samte Wirtschaft ausüben. Diesem von den öffentlichen Aufträgen ausgehenden Antrieb der Volkswirtschaft wird nun auf breiter Grundlage der für die Privatwirtschaft bestimmte Antrieb hinzugesetzt.

Die Beschäftigungsprämie, zu der sich die Regierung trotz mancher Bedenken entschlossen hat, wird insbesondere den kleineren und mittleren Betrieben, die verhältnismäßig zahlreiche Arbeiter beschäftigen, zugute kommen. Sie bietet einen starken Anreiz auf erweiterte Einführung der Kurzarbeit. Sie wird weiter eine billigere Kostenberechnung ermöglichen, damit Preissteigerungen vorbeugen und die Verbilligung des Absatzes fördern.

Die Beschäftigungsprämie bedeutet endlich eine sehr läßliche Entlastung aller öffentlichen Haushalte, besonders der Haushalte der Gemeinden von den Kosten der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung.

Die Beschäftigungsprämie allein würde sich nicht ausreißend auswirken können, solange die Unternehmer mit ständig steigenden Verlusten arbeiten müssen.

Die Milderung der Umsatzsteuer wird deshalb gewährt, weil diese Steuer nur diejenigen trifft, die Umsätze machen und dadurch die Erzeugung fördern. Die Herabsetzung der Grundsteuer — neben der Bereitstellung von bis zu 50 Millionen RM. als Zuschuß zu Reparaturen für den Hausbesitz — soll in erster Reihe dazu dienen, die finanziellen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der seit Jahren fast vernachlässigten städtischen und ländlichen Gebäude zu schaffen. Es war technisch nicht durchführbar, die Vergünstigung von der Vornahme der Reparaturen unmittelbar abhängig zu machen; es muß aber erwartet werden, daß die freigewordenen Beträge diesem Zwecke ausgenutzt werden, und zwar am so mehr, als der Eigentümer damit nicht nur dem allgemeinen Interesse dient, sondern sich auch selbst vor dem großen Nachteil weiterer starker Entwertung seines Grundbesitzes schützt. Die Rückvergütung auf Gewerbesteuer endlich bedeutet eine stark wirksame Entlastung der Produktion.

Die für ein Jahr gewährten Steuererleichterungen sind ein Vorgriff auf die Steuererträge künftiger Jahre. Dieser Vorgriff ist unbedenklich. Die in Betracht kommenden, auf eine Reihe von Jahren verteilten Beträge sind, gemessen am Umfang des Reichshaushaltes, verhältnismäßig unbedeutend. Ferner ist damit zu rechnen, daß die Steuererträge nach Überwindung der Wirtschaftskrise reichlicher fließen werden, und daß dann die geplante

Reform der öffentlichen Verwaltung sich in einer wesentlichen Senkung der Ausgaben ausgewirkt haben wird. Von der Privatwirtschaft wird erwartet, daß sie durch Vergebung von Reparaturaufträgen, Durchführung privater und öffentlicher Arbeiten und sonstige zusätzliche Produktion die Arbeitsmöglichkeiten bald und erheblich steigert. Dazu bedarf sie in den meisten Fällen neuer zusätzlicher Kredite. Die Unterlage hierfür bieten die Steuergutscheine. Diese werden deshalb zum

Rombard bei der Reichsbank angelassen. Sie werden darüber hinaus aber auch als Unterlage für zusätzliche Diskontkredit bei den Banken und bei der Reichsbank dienen. Ferner werden sie an den Börsen gehandelt werden. (Fortsetzung Seite 2. Seite)

werden. Diese Maßnahme bedeutet einen außerordentlich starken Einriß in zahlreiche Beamten- und Angestelltenverhältnisse, da jetzt die subventionierten Betriebe, A. B. Dapag und Norddeutscher Lloyd, ihre Gehälter nicht mehr nach dem Prinzip der Privatwirtschaft, sondern nach denen der Beamtenchefs zahlen werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist dann die in der Verordnung ausgesprochene Ermächtigung für die Reichsregierung, die Organisation der Sozialversicherung und des Versorgungswesens neu durchzuprüfen und zu ordnen. In der Wilhelmstraße wird hierzu jedoch ausdrücklich betont, daß diese Neuordnung und Neuorganisation sich nicht auf die Leistungen der Sozialversicherungsinstitute bezieht, sondern nur deren organisatorische Vereinfachung und Verbildigung zum Ziele hat. Schließlich wäre noch die originale Methode hervorzuheben, die die Regierung zur Durchführung der Arbeitskräftekennung einführt, nämlich die Möglichkeit, die Tarife für die 31. bis 40. Arbeitsstunde in der Woche zu senken, und zwar bis zu 50 Prozent, während die ersten 30 und die letzten acht Arbeitsstunden bei vollen laufenden 48 Stunden arbeitenden Betrieben zum vollen Tariflohn zu vergüten sind. Hierdurch ist ein starker Anreiz zur Arbeitskräftekennung und zur Mehrleistung von Arbeitskräften gegeben, die sich wahrlich ebenfalls in der Arbeitslosenziffer bemerkbar machen wird. Auch hier wird der Versuch gemacht, mit den Prinzipien kapitalistischer Privatwirtschaft der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Dieses Prinzip der Privatwirtschaft und der Verbilligung aller kapitalistischer Experimente geht durch das Programm wie ein roter Faden. Die Privatwirtschaft, die heutige Wirtschaftsform, wird sich darüber klar sein müssen, daß dieser Versuch gelingen muß, wenn nicht unübersehbare Gefahren für die heutige gesamte Grundlage unserer Wirtschaft und unserer Wirtschaftsordnung heraufbeschworen werden sollen.